

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Bundesregierung  
– Drucksache 17/13753 –**

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 2064 (2012) vom 30. August 2012 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

### **A. Problem**

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag darum gebeten, der von ihr am 5. Juni 2013 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2014 mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten zuzustimmen.

Im letzten Mandatszeitraum von UNIFIL seit Juni 2012 hat sich die Sicherheitslage im gesamten Nahen Osten verschärft. Insbesondere die Flüchtlingsproblematik und der syrische Konflikt haben das Potential, die gesamte Region incl. des Libanon weiter zu destabilisieren. Die Spannungen im Drei-Länder-Eck Israel/Syrien/Libanon nehmen stetig zu. Aufgrund der Probleme an der libanesisch-syrischen Grenze hat die ohnehin bescheiden ausgestattete libanesische Armee Teile der Streitkräfte aus dem UNIFIL-Mandatsgebiet in den Norden und Osten des Landes verschoben. Damit gewinnt die UNIFIL-Präsenz im Süden des Landes als Sicherheits- und Stabilitätsfaktor weiter an Bedeutung. UNIFIL sorgt für die Überwindung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte und stellt einen von allen Seiten anerkannten Mediator im Nahen Osten dar. Darüberhinaus bleibt der „Tripartide Mechanismus“ unter der Ägide von UNIFIL das zentrale Forum für Vertrauensbildung und direkten Austausch zwischen israelischen und libanesischen Akteuren. Die Einschätzung der Mission als Stabilitätsanker und Versicherung gegen eine regionale Destabilisierung wird von allen Seiten geteilt. Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Israel legt weiterhin größten Wert auf eine deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband und hat Sorge über die Einschränkung des Engagements anderer europäischer Truppensteller geäußert. Auch die libanesische Regierung betont, dass die deutsche Beteiligung weiterhin notwendig sei. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, die Empfehlungen des VN-Generalsekretärs aus seinem letzten Fortschrittsbericht zu UNIFIL umzusetzen und die Stabilität und Sicherheit in der Region zu festigen, soll das

Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL mit dem unveränderten Ziel, die Kapazitäten und Fähigkeiten des Libanon so zu stärken, dass eine selbstständige Bewältigung von Hoheitsaufgaben möglich wird, um zwölf Monate bis zum 30. Juni 2014 verlängert werden.

**B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/13753 anzunehmen.

Berlin, den 26. Juni 2013

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Karl-Georg Wellmann**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13753** in seiner 247. Sitzung am 14. Juni 2013 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und gemäß § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag darum gebeten, der von ihr am 5. Juni 2013 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2014 mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten zuzustimmen.

Im letzten Mandatszeitraum von UNIFIL seit Juni 2012 hat sich die Sicherheitslage im gesamten Nahen Osten verschärft. Insbesondere die Flüchtlingsproblematik und der syrische Konflikt haben das Potential, die gesamte Region incl. des Libanon weiter zu destabilisieren. Die Spannungen im Drei-Länder-Eck Israel/Syrien/Libanon nehmen stetig zu. Aufgrund der Probleme an der libanesisch-syrischen Grenze hat die ohnehin bescheiden ausgestattete libanesische Armee Teile der Streitkräfte aus dem UNIFIL-Mandatsgebiet in den Norden und Osten des Landes verschoben. Damit gewinnt die UNIFIL-Präsenz im Süden des Landes als Sicherheits- und Stabilitätsfaktor weiter an Bedeutung. UNIFIL sorgt für die Überwindung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Konflikte und stellt einen von allen Seiten anerkannten Mediator im Nahen Osten dar. Darüberhinaus bleibt der „Tripartide Mechanismus“ unter der Ägide von UNIFIL das zentrale Forum für Vertrauensbildung und direkten Austausch zwischen israelischen und libanesischen Akteuren. Die Einschätzung der Mission als Stabilitätsanker und Versicherung gegen eine regionale Destabilisierung wird von allen Seiten geteilt. Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Israel legt weiterhin größten Wert auf eine deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband und hat Sorge über die Einschränkung des Engagements anderer europäischer Truppensteller geäußert. Auch die libanesische Regierung betont, dass die deutsche Beteiligung weiterhin notwendig sei. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, die Empfehlungen des VN-Generalsekretärs aus seinem letzten Fortschrittsbericht zu UNIFIL umzusetzen und die Stabilität und Sicherheit in der Region zu fes-

tigen, soll das Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL mit dem unveränderten Ziel, die Kapazitäten und Fähigkeiten des Libanon so zu stärken, dass eine selbstständige Bewältigung von Hoheitsaufgaben möglich wird, um zwölf Monate bis zum 30. Juni 2014 verlängert werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 142. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 145. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 85. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 93. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13753 in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

**V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse  
im Haushaltsausschuss**

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem  
gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 26. Juni 2013

**Karl-Georg Wellmann**  
Berichterstatter

**Dr. Rolf Mützenich**  
Berichterstatter

**Dr. Rainer Stinner**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin





